

Resolution zur Menschenrechtssituation in Papua/Indonesien

Beschluss der Landessynode vom 19.11.2021

Die Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) und die Evangelische Kirche im Lande Papua (Gereja Kristen Injili di Tanah Papua) stehen durch Partnerschaften von Gemeinden, Dekanaten und Kirchenleitungen seit nahezu 30 Jahren in intensivem Kontakt.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) ist zutiefst besorgt über die Menschenrechtslage in Papua/Indonesien, beklagt die Zunahme staatlich ausgeübter oder tolerierter Gewalt und bekundet ihre Solidarität mit allen Opfern politischer Gewalt sowie ihren Familien und Gemeinden. Insbesondere verurteilt sie die systematischen und massiven Menschenrechtsverletzungen, die mit kultureller und ethnisch-rassistischer Diskriminierung der indigenen Papua sowie der Zerstörung ihres Lebensraumes und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen verbunden sind. Sie wendet sich gegen die andauernde Kriminalisierung der Zivilbevölkerung durch deren Stigmatisierung als Terroristen und richtet sich gegen die weitgehende Straffreiheit der politisch motivierten Täter*innen in Militär und Polizei.

Die Landessynode bekundet ihre Verbundenheit mit der Evangelischen Kirche im Lande Papua, dem West Papuan Council of Churches (WPCC) und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Sie unterstützt die Bemühungen der mit ihr verbundenen Missionswerke, sowie des West-Papua-Netzwerkes (WPN) und anderer Organisationen gegenüber der indonesischen Regierung. Mit ihnen fordert sie ein Ende der ethnischen Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen, offensichtlich politisch begründeten Morden durch Sicherheitskräfte und der Zerstörung des Lebensraumes der indigenen Papua und einen offenen Dialog zwischen der Regierung und den Vertreter*innen der Papua.

Die Landessynode fordert die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und alle politisch Verantwortlichen auf, deutlicher als bisher die Verletzung der Menschenrechte in Papua gegenüber der indonesischen Regierung zur Sprache zu bringen und auch Sanktionen gegen die dafür Verantwortlichen in Erwägung zu ziehen. Zugleich wird sie daran erinnert, die Bestimmungen der Rüstungskontrollgesetze und der bilateralen Handelsvereinbarungen verschärft den UN-Vorgaben anzupassen und Lieferketten zu unterbrechen, die den Werten des Grundgesetzes widersprechen.

Die Landessynode begrüßt, dass die Evangelische Kirche der Pfalz das Menschenrechtsbüro der Evangelischen Kirche im Lande Papua auch weiterhin finanziell unterstützt. Die Landessynode ruft alle Christ*innen auf, in der Fürbitte für Opfer von Gewalt und Willkürherrschaft einzutreten und die Geschwister aus Papua in besonderer Weise ins Gebet zu nehmen.

19. November 2021